

Bern, 15. Februar 2018 / Medienmitteilung

**Es braucht Zusatzfinanzierungen, keine Leistungskürzungen**

**Der Arbeitgeberverband meint, die Altersvorsorge mit Leistungskürzungen sanieren zu können. Das ist ein Irrweg. Nur weil die Leute länger leben und grosse Generationen ins Rentenalter kommen, brauchen sie nicht weniger zum Leben. Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, fordert deshalb eine solide Zusatzfinanzierung.**

Wer so tut, als ob sich die Altersvorsorge ohne weiteres gesund sparen liesse, verkennt die heutigen Realitäten. Hohe Gesundheitskosten, ungelöste Probleme bei den älteren Arbeitnehmenden, aber z.B. auch Sparmassnahmen bei den Ergänzungsleistungen für tiefe Einkommen setzen die Altersvorsorge der angehenden Rentnerinnen und Rentner unter Druck. In der 2. Säule werden die Renten im überobligatorischen Bereich vielerorts drastisch gekürzt. Dies trotz guten Anlagerenditen. Das Verfassungsziel - die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung nach der Pensionierung – ist für viele Betroffene gefährdet. Travail.Suisse fordert deshalb in der AHV ein Baby-Boomer-Mehrwertsteuerprozent und weitere Zusatzfinanzierungen. Die Bevölkerung ist durchaus bereit, sich die Altersvorsorge etwas mehr kosten zu lassen, wenn die Leistungen gesichert werden. Aber nicht kombiniert mit einem höheren Frauenrentenalter. Die Forderung des Arbeitgeberverbands, wonach die Arbeitnehmerinnen mehr bezahlen und dafür länger arbeiten sollen, wird nicht mehrheitsfähig sein, war doch die Erhöhung des Frauenrentenalters einer der wesentlichen Gründe für die Ablehnung der Altersvorsorge 2020. Es braucht vielmehr eine bessere AHV-Rente für tiefere Einkommen. Die heutige Rentenformel ist deshalb zu überprüfen.

Nur zur Erinnerung: Der Arbeitgeberverband hat mit seinem Nein zur Altersvorsorge 2020 mitgeholfen, die Senkung des Mindestumwandlungssatzes zu verhindern. Diese Senkung wäre tragbar gewesen, weil sie aus der 1. und der 2. Säule kompensiert worden wäre. Nun scheint es dem Arbeitgeberverband doch unwohl geworden zu sein. Sicher ist für Travail.Suisse: Senkungen des Mindestumwandlungssatzes in der obligatorischen beruflichen Vorsorge müssen voll kompensiert werden. Rentenkürzungen liegen nicht drin. In der 2. Säule hat sich gezeigt, dass das Misstrauen der Bevölkerung gross ist. Eine entscheidende Rolle spielt, dass Banken und Versicherungen viel Geld mit der beruflichen Vorsorge verdienen und grosse Gewinne an private Aktionäre ausgeschüttet werden. Bevor die Senkung des Mindestumwandlungssatzes erneut angegangen wird, müssen die Gewinne der Versicherer mit der 2. Säule und weitere Geldabflüsse wie die Vermögensverwaltungskosten klar zurückgehen. Travail.Suisse ist bereit, mit den Sozialpartnern an einen Tisch zu sitzen, erwartet aber vom Arbeitgeberverband, dass er sich für die Beseitigung dieser Missstände einsetzt.

Für weitere Informationen:

Adrian Wüthrich, Präsident, Tel. 079 287 04 93

Matthias Kuert Killer, Leiter Sozialpolitik, Tel. 079 777 24 69